



Jan Senkyr ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Türkei.

DIE TÜRKEI AUF DEM WEG ZUR REGIONALEN MITTEL- MACHT

Jan Senkyr

Die Türkei hat in den letzten zehn Jahren einen tief greifenden Transformationsprozess beschritten, der ihre politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen stark verändert hat und die zukünftige Entwicklung des Landes nachhaltig beeinflussen wird. Marktwirtschaftliche und finanzpolitische Reformen zu Beginn des Jahrzehnts haben der Türkei einen Wirtschaftsaufschwung mit Wachstumsraten von bis zu sieben Prozent über mehrere Jahre hinweg beschert und sie zur regionalen Wirtschaftsmacht befördert. Innenpolitische Reformen haben zu mehr Demokratie, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit geführt. Außenpolitisch avanciert die Türkei immer mehr zur Regionalmacht mit überregionalen Ambitionen. Das Land ist das einzige muslimische NATO-Mitglied und gleichzeitig EU-Beitrittskandidat. Zudem hat Ankara einen Sitz in der G-20 und derzeit auch im UN-Sicherheitsrat. Trotz ihrer Lage in einer der konfliktreichsten Regionen der Welt verfügt die Türkei über ein gutes Verhältnis zu fast allen Nachbarländern. In den vergangenen Jahren vermittelte die Türkei zwischen Israel und Syrien, schickte Friedenssoldaten auf den Balkan und in den Libanon und engagierte sich mit seinen NATO-Partnern in Afghanistan.

Der Aufstieg der Türkei zur neuen Mittelmacht ist aus der Sicht des Westens mit vielen Chancen, aber auch mit Herausforderungen verbunden. Gerade für Deutschland, dem Land mit der größten türkischen Gemeinde außerhalb der Türkei und einer langen Tradition bilateraler Beziehungen, ist die Entwicklung in diesem strategisch wichtigen Land von großer Bedeutung. Die deutsch-türkischen Beziehungen haben eine sowohl innen- als auch außenpolitische Dimension, dementsprechend komplex sind die Anforderungen an eine konsistente Türkeipolitik.

Die zukünftige Rolle der Türkei in der internationalen Politik wird im Wesentlichen dadurch bestimmt, inwieweit es gelingt, die traditionelle Westbindung des Landes mit dessen zunehmendem Einfluss und dessen Interessen in der Region im Einklang zu halten. Im Rahmen dessen wird die Positionierung der Türkei in der islamischen Welt eine besondere Bedeutung haben.

Welche Faktoren sind für die zunehmende Bedeutung der Türkei verantwortlich? Der Aufstieg zu einem regional und international wichtigen Akteur hat eine wirtschaftliche, innenpolitische und außenpolitische Dimension. Hinzu kommt die geopolitisch günstige Lage des Landes.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Bestimmend für den Wandel in der Türkei ist die wirtschaftliche Entwicklung. Die türkische Volkswirtschaft liegt mittlerweile in Europa auf Rang 6, weltweit ist sie auf Platz 17 vorgerückt. Allein in den Jahren 2002 bis 2008 ist das Bruttoinlandsprodukt von 230 auf 742 Mrd. US-Dollar gestiegen. Zwar hat die globale Finanzkrise auch die türkische Wirtschaft hart getroffen, bereits in diesem Jahr wird jedoch mit einer Erholung gerechnet. Trotz überdauernder Defizite gehört die türkische Wirtschaft zu den dynamischsten und robustesten in der Region.

Die Grundlagen dafür wurden bereits in den achtziger und neunziger Jahre geschaffen, insbesondere dank der marktwirtschaftlichen Reformen unter Ministerpräsident Turgut Özal. Der ehemalige Berater bei der Weltbank und Mitglied eines islamischen Sufi-Ordens leitete ein Privatisierungsprogramm staatlicher Unternehmen ein und öffnete die

türkische Wirtschaft für den Weltmarkt. Die wirtschaftliche Öffnung ging mit einer moderaten Re-Islamisierung im politischen und gesellschaftlichen Bereich einher. Dies ebnete den Weg für die Entwicklung einer neuen Mittelschicht, die insbesondere in Anatolien zu einem bestimmenden Wirtschaftsfaktor wurde. In der bislang landwirtschaftlich und kleingewerblich geprägten Region entstand vor allem in den neunziger Jahren ein florierender

Bestimmend für den Wandel in der Türkei ist die wirtschaftliche Entwicklung. Die türkische Volkswirtschaft liegt mittlerweile in Europa auf Rang 6, weltweit ist sie auf Platz 17 vorge-rückt. Allein in den Jahren 2002 bis 2008 ist das Bruttoinlandsprodukt von 230 auf 742 Mrd. US-Dollar gestiegen. Zwar hat die globale Finanzkrise auch die türkische Wirtschaft hart getroffen, bereits in diesem Jahr wird jedoch mit einer Erholung gerechnet.

Industriesektor, der immer mehr zur Konkurrenz für die traditionelle Großindustrie in den urbanen Zentren des Landes wurde. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung begann der gesellschaftliche Aufstieg der anatolischen Mittelschicht. Deren konservativ und religiös geprägtes Wertesystem übertrug sich zunehmend auf die türkische Politik. Dank der Unterstützung und dem Einfluss dieser Mittelschicht wuchs die politische Bedeu-

tung islamisch-konservativer Parteien. Hier liegt der Ursprung für den Erfolg der heute regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Adalet ve Kalkinma Partisi – AKP) und den fortschreitenden Machtkampf mit dem säkular-kemalistischen Establishment.¹

Die entscheidende Weichenstellung zum jüngsten wirtschaftlichen Aufschwung der Türkei fand jedoch Anfang des Millenniums mit jenen Reformen statt, die als Reaktion auf die schwere Finanzkrise von 2001 eingeleitet wurden. Auslöser waren damals ein steigendes Leistungs- und Handelsdefizit, verbunden mit einem maroden Bankensystem und einer Staatskrise. Infolgedessen kam es zu Spekulationen und Kapitalflucht; die Börse brach ein. Dies zwang die türkische Zentralbank dazu, die türkische Lira freizugeben, was zu dramatischen Werteverlusten und letztlich zum Kollaps der Finanzmärkte führte. Binnen weniger Wochen meldeten 21 Banken Insolvenz an, die Einlagen mussten vom Staat garantiert werden. Die Türkei stürzte in eine der schwersten Rezessionen ihrer Geschichte. Um einen Staatsbankrott abzuwenden, gewährte der Internationale Währungsfonds (IWF) der Türkei für den Zeitraum 2002 bis 2004 einen Kredit in Höhe von 31 Milliarden US-Dollar. Mit einem unter dem damaligen Wirtschaftsminister Kemal

1 | Vgl. Michael Thumann, „Neue Eliten, altes Spiel“, in: *Internationale Politik*, Ausgabe März/April 2010.

Derviş eingeleiteten Reformprogramm sowie dank der Einhaltung der strikten Auflagen des IWF konnte die Krise überwunden werden. Bereits 2002 verzeichnete die türkische Wirtschaft wieder deutliche Wachstumsraten. Das Bankensystem wurde grundlegend neu geordnet. Von den 79 Banken vor der Krise sind nur noch etwa drei Dutzend übrig geblieben. Die Reformen im Finanz- und Bankwesen von damals sind für die Türkei heute von großem Vorteil bei der Überwindung der aktuellen Krise. Kein türkisches Kreditinstitut ist während der Turbulenzen auf den Finanzmärkten in eine Schieflage geraten und es mussten auch keine Stützungsprogramme für den Bankensektor aufgelegt werden.

Die Banken- und Wirtschaftskrise von 2001 führte jedoch zu einem politischen Umbruch. Bei den Wahlen im November 2002 strafte die Wähler die drei regierenden Koalitionsparteien (Demokratische Linkspartei - DSP, Nationalistische Aktionspartei - MHP und Mutterlandspartei - ANAP) ab. Keine von ihnen schaffte den Einzug ins Parlament. Als strahlender Sieger ging mit 34,3 Prozent die islamisch-konservative Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) hervor.

In den ersten Regierungsjahren führte die AKP den marktwirtschaftlichen Reformkurs konsequent fort. Dies führte zu einem anhaltenden Wirtschaftsboom. Bereits 2002 wuchs die Wirtschaft um 7,9 Prozent, in den Jahren 2003 (5,9 Prozent), 2004 (9,9 Prozent), 2005 (7,6 Prozent) und 2006 (6,9 Prozent)² setzte sich dieser Trend fort. Damit ging ein steigender Wohlstand der Bevölkerung einher, das Pro-Kopf-Einkommen hat sich von 3521 US-Dollar im Jahre 2002 auf ca. 10.285 US-Dollar im Jahre 2008 verdreifacht.³ Zwar ist der Wohlstandsanstieg ungleichmäßig verteilt und kommt vor allem einer Minderheit von ca. einem Fünftel der Bevölkerung zu Gute. Zu den Profiteuren gehört die neue Wirtschaftselite, die dem religiös-konservativen Milieu entstammt und zunehmend den Einfluss der altetablierten säkularen Großunternehmerschicht zurückdrängt. Dies wiederum befördert den Wandel des gesellschaftspolitischen Klimas zu Gunsten der AKP.

2 | Vgl. Statistisches Bundesamt, www.destatis.de [20.3.2010].

3 | Vgl. TURSTAT, *Undersecretariat of Treasury* (TURASTAT, 2010).

Trotz der andauernden Vorherrschaft einiger großer Konzerne besteht das Rückgrad der türkischen Wirtschaft aus Klein- und Kleinstbetrieben. Die Wirtschaftsstruktur der Türkei hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Während der Agrarsektor noch in den neunziger Jahren dominierend war, ist gegenwärtig der Dienstleistungssektor mit über 60 Prozent des BIP der stärkste Wirtschaftszweig. Mit 30 Prozent des BIP liegt an zweiter Stelle die Industrie. Der Landwirtschaftssektor trägt nur noch mit knapp zehn Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. Damit ähnelt die Wirtschaftsstruktur der Türkei denjenigen moderner Volkswirtschaften. Die Reduzierung der Inflationsrate auf derzeit rund acht Prozent hat zu einer Stabilisierung des Wirtschaftsklimas und zum wachsenden Vertrauen der Unternehmen und Konsumenten beigetragen. Risiken für das weitere Wachstum der Wirtschaft liegen

Die Banken- und Wirtschaftskrise von 2001 führte jedoch zu einem politischen Umbruch. Bei den Wahlen im November 2002 strafte die Wähler die drei regierenden Koalitionsparteien ab. Keine von ihnen schaffte den Einzug ins Parlament.

in der hohen Verschuldung (60 Prozent des BIP) sowie dem hohem Staats- und Handelsdefizit. Auch die Arbeitslosenquote, die 2009 infolge der Wirtschaftskrise auf 15 Prozent anstieg, stellt eine Gefahr für die Wirtschaftsstabilität und den sozialen Frieden dar.

Weitere Mängel, die im Rahmen einer ökonomischen Konsolidierung behoben werden müssen, sind der Fortbestand ineffizienter Staatsunternehmen und der hohe Anteil des informellen Wirtschaftssektors.

Der Wirtschaftsöffnung in den achtziger und neunziger Jahren hat einerseits den Konkurrenzdruck auf die türkischen Unternehmen erhöht, andererseits deren Exportorientierung gefördert. Den Höhepunkt dieser Entwicklung bildete der Beitritt der Türkei zur Europäischen Zollunion im Jahr 1996. Die EU ist seitdem der wichtigste Handelspartner und primäres Ziel für den türkischen Export. Lag der Anteil der EU-Länder am Gesamtexportaufkommen 1997 bei 51,16 Prozent, ist er 2000 bis auf 58 Prozent gestiegen. Seitdem ist ein leichter Rückgang zu vermerken, der sich allerdings in den letzten zwei Jahren deutlich verstärkt hat. Im letzten Jahr sanken die Exporte in den EU-Raum auf 46,01 Prozent, was vor allem mit der Wirtschaftskrise und der dramatisch zurückgegangenen Nachfrage in Europa zusammenhängt. Allerdings ist seit mehreren Jahren auch ein deutlicher Trend zu einer Neuausrichtung der türkischen Ausfuhren und der Suche nach alternativen Ab-

satzmärkten zu verzeichnen. Deutlich zugenommen haben vor allem die Handelsbeziehungen mit den Ländern der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC).

Lag der Exportanteil in diese Länder 1997 bei lediglich 16,06 Prozent, so erreichte dieser im Jahr 2009 bereits 28,06 Prozent. Damit ist die OIC hinter der EU zur zweitwichtigsten Ländergruppe für den türkischen Außenhandel geworden. Als wichtige neue Absatzmärkte haben sich in diesem Bereich der Iran, der Irak, die Vereinigten Emirate und Algerien erwiesen. Diese Entwicklung ist vor allem ökonomisch bedingt. Sie wird jedoch auch politisch von der AKP-Regierung gefördert, was einen interessanten Aspekt in die aktuelle Diskussion um eine Neuorientierung der türkischen Außenpolitik bringen kann⁴.

Größter Handelspartner der Türkei war über viele Jahre Deutschland mit über 13 Prozent der Importe und 14 Prozent der Exporte (2007). Bei den Einfuhren hat in den letzten zwei Jahren jedoch Russland den Spitzenplatz übernommen, was vor allem auf den Anstieg der Öl- und Gaspreise und die hohen russischen Energieexporte in die Türkei zurückzuführen ist.

Größter Handelspartner der Türkei war über viele Jahre Deutschland mit über 13 Prozent der Importe und 14 Prozent der Exporte (2007). Bei den Einfuhren hat in den letzten zwei Jahren jedoch Russland den Spitzenplatz übernommen, was vor allem auf den Anstieg der Öl- und Gaspreise und die hohen russischen Energieexporte in die Türkei zurückzuführen ist. Dieser erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung verdankt die Türkei die Aufnahme in die G-20. Über den Wirtschaftsaspekt hinaus ist jedoch dieser Aufstieg auch als ein Ausdruck der gestiegenen politischen und geopolitischen Bedeutung der Türkei zu verstehen.

DIE INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG

Der Wahlsieg der religiös-konservativen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Adalet ve Kalkınma Partisi – AKP⁵) im November 2002 bedeutete in der Türkei eine gesellschaftspolitische Zäsur. Die erst ein Jahr zuvor von prominenten Ex-Politikern der verbotenen islamistischen Tugendpartei (Fazilet Partisi – FP) gegründete AKP schaffte es, mit 34,3 Prozent die absolute Mehrheit in der Großen Türkischen Nationalversammlung zu erreichen. Der hohe

4 | Vgl. „Neue Route des türkischen Exports“, in: *Istanbulpost*, 1 (Januar 2010).

5 | Die Partei bezeichnet sich selbst seit mehreren Jahren als AK Parti („Ak“ bedeutet im Türkischen „rein“, „sauber“) und benutzt diesen Namen in allen öffentlichen Dokumenten.

Sieg wurde damals von vielen Beobachtern als Ergebnis einer Protestwahl gedeutet, mit der die vermeintlich für die schwere Wirtschaftskrise von 2001 verantwortlichen damaligen Regierungsparteien abgestraft werden sollten. Die AKP hat es jedoch verstanden, ihre Chance zu nutzen und mit einem fortschrittlichen Reformprogramm sowie einer geschickten Öffentlichkeitsarbeit und effektiven Personalpolitik sich die Gunst einer relativen Mehrheit der Wählerschaft langfristig zu sichern. Im Anschluss hat die

Bei den Kommunalwahlen im März 2009 ging zwar die AKP mit deutlichem Abstand als Sieger hervor, sie musste jedoch im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen Stimmenverluste hinnehmen.

Partei alle folgenden Wahlen gewonnen und regiert im Alleingang seit mittlerweile acht Jahren (sieben Jahre davon mit Recep Tayyip Erdoğan als Ministerpräsident). Dies ist in der Geschichte der modernen Türkei einmalig. Die für türkische Verhältnisse ungewöhnlich lange Periode der politischen Stabilität und Berechenbarkeit hat vor allem der Wirtschaftsentwicklung gut getan. In dieser Zeit hat jedoch auch die politische Polarisierung im Lande erheblich zugenommen und in den letzten zwei Jahren ist ein eskalierender Machtkampf zwischen den religiös-konservativen und den säkular-kemalistischen Kräften ausgebrochen.

Die ersten vier Regierungsjahre der AKP waren von einer beeindruckenden Reformdynamik geprägt. Die bereits von der Vorgängerregierung unter Ministerpräsident Ecevit begonnenen Reformen wurden von der AKP fortgesetzt und weiter vertieft. Sie betreffen sowohl die Wirtschaft (Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung) als auch Politik und Gesellschaft (Verbesserung der Meinungs- und Pressefreiheit, Abschaffung der Todesstrafe, Vorkehrungen gegen Folter und Gewaltmissbrauch im Staatsapparat, Abschaffung der Nationalen Sicherheitsgerichte, Reform des Nationalen Sicherheitsrats, Einschränkung der Befugnisse des Militärs, Anpassung des Strafrechts und des Bürgerlichen Gesetzbuches an die EU-Standards etc.). Ein wichtiger Grund für dieses Reformtempo war unter anderem die angestrebte Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, die sich die AKP als ihr politisches Erkennungszeichen auf die Fahne geschrieben hat. Der EU-Beitritt war sowohl ein wichtiges Wahlkampfthema als auch ein Rechtfertigungsargument in der Auseinandersetzung mit der Opposition um das Reformprogramm. Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU im Oktober 2005

galt als politischer Triumph für Ministerpräsident Erdoğan und Höhepunkt einer EU-Euphorie in der türkischen Bevölkerung. Damals lag die Zustimmungsrage für einen EU-Betritt bei über 70 Prozent der Türken. Bereits im Jahre 2006 ist der Reformprozess ins Stocken geraten und auch die positive EU-Stimmung ging kontinuierlich zurück. Nach dem wichtigen Erfolg der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen, der aus Sicht der Türken mit einem erheblichen Prestigezugewinn verbunden war, musste nun der mühsame Weg der Umsetzung des Aquis Communautaire und der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien genommen werden.

Der Verbotsantrag gegen die AKP wurde am 30. Juli 2008 vom Verfassungsgericht abgelehnt. Zwar stimmten sechs von elf Richtern für ein Parteiverbot, die erforderliche qualifizierte Mehrheit von sieben Stimmen wurde jedoch verfehlt. Die AKP wurde lediglich verwarnt und muss zur Strafe auf die Hälfte der staatlichen Finanzausschüsse verzichten. Mit dem Urteil wurde auch die Forderung nach einem Politikverbot für führende AKP-Politiker (einschl. Ministerpräsident Erdoğan) fallen gelassen. Politisch signifikant ist die einstimmige Feststellung des Verfassungsgerichts, wonach die AKP trotz unzureichender Beweislage für ein Parteiverbot als islamistisch einzustufen ist.

Die Ablehnung des Verbotsantrags gegen die AKP wurde sowohl im In- als auch Ausland mit Erleichterung aufgenommen. Mit dem Urteil konnte eine weitere Zuspitzung der innenpolitischen Krise vermieden werden und Zeit für eine Konsolidierung und Stabilisierung der Situation gewonnen werden. Es wurde darauf gehofft, dass nach einem zweijährigen Stillstand der notwendige Reformprozess wieder in Gang gebracht werden kann.

Bei den Kommunalwahlen im März 2009 ging zwar die AKP mit deutlichem Abstand als Sieger hervor, sie musste jedoch im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen Stimmenverluste hinnehmen. Mit landesweit knapp 39 Prozent der Stimmen blieb sie sowohl hinter dem Ergebnis der Nationalwahlen von 2007 (46,5 Prozent) als auch der letzten Kommunalwahlen von 2004 (41,6 Prozent) zurück. Das Wahlergebnis zeigte, dass dem Popularitätszuwachs der AKP Grenzen gesetzt werden können und die Opposition nicht gänzlich chancenlos ist.

Um neuen Schwung in die Regierungspolitik zu bringen und das Vertrauen der türkischen Bevölkerung zurückzugewinnen, bildete Ministerpräsident Erdoğan Anfang Mai 2009 sein Kabinett um. Acht Minister der alten Regierung mussten ihre Posten räumen, siebzehn Minister blieben (sieben davon mit neuen Zuständigkeiten) und neun Minister kamen neu hinzu. Die für Wirtschaft und Finanzen zuständigen Ressorts wurden mit erweiterten Kompetenzen ausgestattet, um ein effizienteres und dynamischeres Management der Folgen der globalen Finanzkrise für die türkische Wirtschaft zu sichern.

Das wichtigste innenpolitische Vorhaben ist die sog. demokratische Initiative zur nachhaltigen Lösung des Kurdenproblems. Bereits im Sommer 2009 kündigte das türkische Innenministerium ein Maßnahmenpaket an, mit dem die kulturellen und gesellschaftspolitischen Forderungen der kurdischen Bevölkerung eingelöst und der PKK-Terrorismus im Südosten der Türkei beendet werden soll. Nach Konsultationen mit den politischen Parteien (einschl. der pro-kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft DTP), dem Militär, der Justiz und relevanten Nichtregierungsorganisationen wurde der Fahrplan der Initiative im Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt und an das Parlament weitergeleitet. Mit dem Kurdenproblem geht die Regierung ein Thema an, dass für die demokratische Entwicklung und Stabilität der Türkei von herausragender Bedeutung ist. Die bereits Anfang des Jahres im staatlichen Rundfunk eingeführten Sendungen in kurdischer Sprache sollen erweitert und auch für Privatsender erlaubt werden. Der kurdische Sprachunterricht an Privatschulen soll verbessert werden. An den Universitäten von Mardin und Diyarbakir ist die Schaffung von Instituten für kurdische Sprache und Literatur vorgesehen. Dörfer und Städte in den kurdisch besiedelten Gebieten dürfen ihre ursprünglichen kurdischen Ortsnamen zurückerhalten. In Gefängnissen soll der Gebrauch der kurdischen Sprache nicht länger verboten sein. Ein wichtiger humanitärer Schritt ist die Ankündigung, dass für Jugendliche, die an pro-kurdischen Demonstrationen teilgenommen haben, nicht mehr das Antiterrorgesetz angewandt wird. Die bisherige Praxis hatte dazu geführt, dass Tausende Minderjährige zu teilweise drakonischen Gefängnisstrafen (bis zu zehn Jahren) verurteilt wurden.

Obwohl diese Maßnahmen eine beschränkte praktische Wirkung haben, sind sie doch eine wichtige symbolische Geste auf dem Weg zur Anerkennung einer eigenen kurdischen kulturellen Identität. Die AKP ist damit ein erhebliches Risiko eingegangen, da das Kurdenproblem nach wie vor das sensibelste politische Thema der Türkei ist und ein hohes Konfliktpotenzial in sich birgt. Deshalb legte die Regierung auch von vornherein die „roten Linien“ des Öffnungsprozesses fest, die nicht überschritten werden dürften: keine Amnestie für den inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan, keine Verfassungsänderung zur Anerkennung der kurdischen Identität, keine territoriale oder politische Autonomie der Kurdengebiete.

Um den Terrorismus der PKK einzudämmen, wurde ein bereits existierendes „Reuegesetz“ erweitert. Damit sollen all jene PKK-Kämpfer, die bisher keine Gewalttaten begangen haben, dazu bewegt werden, ihre Waffen niederzulegen. Eine großangelegte Rückkehr reumütiger PKK-Sympathisanten aus dem Nordirak könnte die dort verschanzte Terrororganisation weiter schwächen und schließlich – so die Hoffnung – zum Aufgeben bewegen.

Anfang Dezember entschied das türkische Verfassungsgericht einstimmig das Verbot der pro-kurdischen DTP. Das Urteil in dem seit zwei Jahren laufenden Verfahren war zwar nicht überraschend, bedeutete dennoch einen herben Rückschlag für die Kurdenpolitik der Regierung. Das Verfassungsgericht hielt eine Nähe der DTP zur PKK und zum Terrorismus als erwiesen. In der Urteilsbegründung beriefen sich die Verfassungsrichter u. a. auf das Beispiel der verbotenen baskischen Batasuna-Partei in Spanien. Mit der Schließung der DTP ist ein wichtiger Ansprechpartner für die Regierung in der Kurdenfrage weggefallen. Zwar haben die DTP-Abgeordneten im türkischen Parlament sich einer bestehenden Splitterpartei BDP (Partei für Frieden und Demokratie – Barış ve Demokrasi Partisi) angeschlossen, um ihre politische Arbeit fortsetzen zu können, die Stimmungslage im Südosten der Türkei bleibt jedoch angespannt.

DIE NEUE TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK

Der Begründer der modernen Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, vertrat für sein Land das Prinzip der außenpolitischen Neutralität unter gleichzeitiger Pflege gutnachbarlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten und insbesondere den Ländern Europas. Die Westorientierung der Türkei wurde durch den NATO-Betritt 1952 gefestigt. Während des Kalten Krieges war das Land ein zuverlässiger Bündnispartner an der NATO-Südostgrenze zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt.

Eine außenpolitische Öffnung und Annäherung an die Länder der Mittel- und Nahostregion fand zwar bereits unter Ministerpräsident Özal in den achtziger Jahren statt. Eine gezielt regional und global ausgerichtete Außenpolitik wurde jedoch erst durch die AKP-Regierung eingeleitet. Die Türkei ist derzeit dabei, ihren Platz in der globalen Welt und ihre Rolle in der Region zwischen Europa, Zentralasien, Nahost, Schwarzmeer- und Mittelmeer neu zu definieren.

Die neuen Akzente in der türkischen Außenpolitik finden seit dem Regierungsantritt der AKP graduell Umsetzung.

Die Türkei ist derzeit dabei, ihren Platz in der globalen Welt und ihre Rolle in der Region zwischen Europa, Zentralasien, Nahost, Schwarzmeer- und Mittelmeer neu zu definieren.

Sie knüpfen an einige Prinzipien der Außenpolitik des früheren Ministerpräsidenten Özal an, werden aber im Wesentlichen durch die Thesen des Politikwissenschaftlers Prof. Ahmet Davutoğlu geprägt, wie sie in seinem 2001 erschienenen Buch *Strategische Tiefe:*

*die internationale Stellung der Türkei*⁶ beschrieben sind. Laut Prof. Davutoğlu habe die Türkei eine multiple regionale Identität und somit die Fähigkeit und die Verantwortung, eine integrierte und multidimensionale Außenpolitik zu verfolgen. Er sieht sein Land als Ordnungsmacht, die „die Verhältnisse in der Region formt“. Deswegen müsse die Türkei ein ausgewogenes Verhältnis zu allen globalen und regionalen Akteuren anstreben und sich für Frieden, Stabilität, Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung in der Nachbarschaft einsetzen. Dazu brauche es einer „proaktiven“ und „multidimensionalen“ Außenpolitik. Dies bedeutet, dass sich die Türkei nicht einseitig auf eine Allianz mit dem Westen (USA, EU) beschränken, sondern gute

6 | Ahmet Davutoğlu, „Stratejik derinlik: Türkiye'nin uluslararası konumu“, in: *Istanbul: Küre* (2001).

Beziehungen mit allen Staaten in der Region anstreben sollte (Motto: „Null Konflikt“). Die neue außenpolitische Ausrichtung solle jedoch nicht die Abkehr vom Westen bedeuten. Die angestrebte Mitgliedschaft in der Europäischen Union sei ein langfristiges strategisches Ziel und auch die Zusammenarbeit mit den USA sei weiterhin von hervorragender Bedeutung. In den bilateralen Beziehungen zu ihren Nachbarländern setzt die Türkei jedoch eigene Prioritäten, die mitunter auch von jenen des Westens abweichen können.

Bereits in den ersten Regierungsjahren der AKP wurden Veränderungen in der türkischen Außenpolitik erkennbar.

Prof. Davutoğlu war damals als außenpolitischer Chefberater des Ministerpräsidenten an vielen diplomatischen Neuansätzen beteiligt.

Notorische Schwachstellen in der türkischen Außenpolitik waren historisch bedingt die Beziehungen zu Griechenland und zu Armenien.

So setzte er sich zum Beispiel für ein stärkeres Engagement der Türkei in der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) ein, wo sie seit 2005 den Posten des Generalsekretärs besetzt. Auch die Einladung der Hamas-Führung nach deren Wahlsieg in Gaza 2006 zu Gesprächen nach Ankara geht auf seine Initiative zurück.⁷ Der Besuch stieß damals auf heftige internationale Kritik. Im Rahmen des Konzeptes der neuen Außenpolitik sind auch weitere Schritte in der türkischen Nahostpolitik zu sehen: die Annäherung an Syrien, der pragmatische Dialog mit dem Iran, die Aufnahme von Kontakten zur kurdischen Regionalregierung im Nordirak, die Stärkung der Beziehungen zu Saudi-Arabien. Mit Armenien wurden seit 2007 Geheimgespräche über die Normalisierung der bilateralen Beziehungen geführt. Mittlerweile hat die Türkei ihr Verhältnis zu fast allen Nachbarländern verbessert und ein vielfältiges Netzwerk an Kontakten und Verbindungen in der Region aufgebaut. Ein wichtiges Element der türkischen diplomatischen Aktivitäten in der Region ist das Bemühen um eine Vermittlerrolle. In den wichtigsten Konflikten der Region hat die Türkei ihre Vermittlerdienste eingebracht: bei den indirekten Gesprächen zwischen Israel und Syrien, bei Beratungen zwischen den Regierungen Afghanistans und Pakistans, bei den Bemühungen um eine Lösung im Konflikt um das iranische Atomprogramm.

7 | Vgl. Aras Bülent, „Davutoğlu Era in Turkish Foreign Policy“, in: *SETA Policy Brief*, No 32.

Als ein Lackmustest für die Westbindung der türkischen Außenpolitik wird das Verhältnis zu Israel gesehen. Dies ist zurzeit erheblich gestört. Nach dem Zerwürfnis in den türkisch-israelischen Beziehungen infolge des Gaza-Krieges Anfang 2009 hat sich das Verhältnis zwischen beiden Ländern inzwischen weiter verschlechtert. Im Oktober 2009 schloss die Türkei kurzfristig Israel von der Teilnahme an dem langfristig geplanten multinationalen Luftwaffenmanöver Anatolian Eagle in Konya aus, ein angesichts der engen militärischen Zusammenarbeit starkes politisches

Die Verhandlungen laufen mit dem Ziel der EU-Mitgliedschaft, aber ergebnisoffen, d. h. eine Mitgliedschaft am Ende des Prozesses wird nicht garantiert.

Zeichen. Im Januar 2010 kam es erneut zu diplomatischen Spannungen aufgrund der israelischen Verärgerung über den antisemitischen Inhalt einer türkischen Fernsehserie und die in diesem Zusammenhang erfolgte Demütigung des türkischen Botschafters durch den israelischen Vizeaußenminister. Die Türkei hat infolge dessen ihren Botschafter nach Ankara zurückgerufen. Atmosphärisch gestört wird das bilaterale Verhältnis zudem durch israelkritische Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten, die in Israel zum Teil als antisemitisch empfunden werden. Zu einem definitiven Bruch in den Beziehungen werden es zwar beide Seiten nicht kommen lassen wollen, das Vertrauen ist jedoch stark beschädigt.

Notorische Schwachstellen in der türkischen Außenpolitik waren historisch bedingt die Beziehungen zu Griechenland und zu Armenien. Mit Griechenland konnten die Beziehungen bereits in den neunziger Jahren normalisiert werden, mittlerweile kann das Verhältnis als politisch entspannt bezeichnet werden. Griechenland unterstützt die EU-Mitgliedschaft der Türkei. Auch in Bezug auf Armenien hat die Türkei Schritte in Richtung einer Normalisierung unternommen. Mit der Unterzeichnung zweier Protokolle zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und zur Grenzöffnung wurde die Voraussetzung für eine weitere Verbesserung im bilateralen Verhältnis geschaffen. Auf dem Weg zu einer tatsächlichen Versöhnung und Ausgestaltung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern müssen allerdings noch etliche schwierige Probleme gelöst werden. Dazu gehören vor allem die

Genozidfrage und die Zukunft der armenischen Enklave Bergkarabach in Aserbaidzhan.⁸ Die Fortsetzung des Prozesses ist deshalb ungewiss. Die Armenienfrage könnte auch Implikationen für die Beziehungen der Türkei zu den USA haben. Der außenpolitische Ausschuss des US-Repräsentantenhauses verabschiedete im März 2010 eine Resolution, mit der der Genozid an Armeniern im Osmanischen Reich anerkannt wird. Die Türkei zog daraufhin aus Protest ihren Botschafter aus Washington zurück und drohte mit schweren Folgen für die bilateralen Beziehungen, sollte die Resolution an das Plenum des Repräsentantenhauses weitergeleitet werden. US-Präsident Barack Obama steht unter doppeltem Druck: einerseits kann er sich einen Bruch mit der Türkei angesichts deren strategischer Bedeutung für die amerikanischen Interessen in der Nahostregion nicht leisten. Andererseits steht er mit früheren Aussagen im Wort, den Genozid als historische Tatsache anzuerkennen.

Das Verhältnis der Türkei zum Iran hat sich insbesondere seit Sommer 2008 deutlich verbessert und kann derzeit als freundschaftlich eingestuft werden. Als einziges zum westlichen Bündnis zählendes Land hat die Türkei den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zu einem offiziellen Staatsbesuch eingeladen. Nach Ahmadinedschads Wiederwahl im Juni 2009 gehörte Ministerpräsident Erdoğan zu den ersten Gratulanten, trotz der internationalen Proteste gegen die Wahlfälschungen. Bei einem Besuch Erdoğan's in Teheran im Oktober 2009 wurden zahlreiche Verträge zur bilateralen Zusammenarbeit – insbesondere in den Bereichen Energie, Investitionen und Handel – unterzeichnet. Unter anderen wurde vereinbart, mit türkischer Hilfe eine Raffinerie im Nordiran zu bauen, die Türkei wird dafür an der Gasförderung aus dem South Pars Field im Persischen Golf beteiligt. Die guten Beziehungen zum Iran bringen der Türkei vor allem wirtschaftlichen und energiepolitischen Nutzen. Deshalb ist sie auch nicht an stärkeren Sanktionen infolge des Streits um das iranische Atomprogramm interessiert. Da Ankara zurzeit einen Sitz im UN-Sicherheitsrat hat, könnte es bei der nächsten Abstimmung zu dieser Frage eine entscheidende Rolle spielen. Der Westen (und insbesondere die EU) schätzen jedoch gleichzeitig

8 | Die Türkei knüpft die Ratifizierung der Normalisierungsprotokolle an die Bedingung der vorherigen Lösung des Karabach-Konflikts, Armenien lehnt dies ab.

die türkische Vermittlung bei den Verhandlungen mit dem Iran. Deshalb wird toleriert, dass sich Premier Erdoğan und sein Außenminister immer wieder als Fürsprecher des Iran einsetzen.

Auch mit Russland hat die Türkei in letzter Zeit die Beziehungen intensiviert und etliche Abkommen über eine bilaterale Zusammenarbeit abgeschlossen, insbesondere im Energiebereich, im Tourismussektor, im Handel und in der militärischen Kooperation. Zwar konkurrieren beide Länder um Einfluss in Regionen wie dem Kaukasus, dem Schwarzen Meer und in Zentralasien. Dennoch ist man sowohl in Ankara als auch in Moskau an einer strategischen Annäherung interessiert.

Die türkisch-europäischen Beziehungen haben eine lange Geschichte. Bereits 1963 unterzeichnete die Türkei mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ein Assoziierungsabkommen. In dem sog. Ankara-Vertrag wurde

Die Türkei hat in den letzten Jahren ihre Stellung als regionale Mittelmacht ausgebaut und gefestigt. Sie wird sowohl für Europa als auch für die Region an der Schnittstelle zwischen Mittelmeer, Schwarzmeer, Nahem und Mittlerem Osten, Kaukasus und Zentralasien weiter an Bedeutung gewinnen.

eine spätere Mitgliedschaft der Türkei in Aussicht gestellt. 1987 reichte die Türkei einen Beitrittsantrag bei der EWG ein, den Status eines Beitrittskandidaten erhielt sie jedoch erst beim EU-Gipfel in Helsinki 1999. Seit 1996 gilt für die Türkei im Rahmen der Zollunion mit der EU das europäische Wirtschaftsrecht.

Die Beitrittsverhandlungen wurden offiziell am 3. Oktober 2005 aufgenommen, nachdem die EU 2004 der Türkei die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien⁹ attestiert hatte. Die Verhandlungen laufen mit dem Ziel der EU-Mitgliedschaft, aber ergebnisoffen, d. h. eine Mitgliedschaft am Ende des Prozesses wird nicht garantiert. Schon im Vorfeld des Beitrittsprozesses, insbesondere nach der Machtübernahme der AKP, begann die Türkei mit einem umfangreichen Reformprogramm, um sich den EU-Standards anzunähern. Die Perspektive der EU-Mitgliedschaft war ein wichtiger

9 | Die Kopenhagener Kriterien umfassen: 1. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte, 2. funktionierende Marktwirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt, 3. Übernahme des Acquis communautaire, 4. Fähigkeit zur Erfüllung der EU-Verpflichtungen im Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und Währungsunion und 5. Aufnahmefähigkeit der EU.

Motor für demokratische und marktwirtschaftliche Reformen in den ersten Jahren der AKP-Regierung. Aber relativ bald nach der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen geriet der Reformprozess ins Stocken. Nachdem sich die Türkei weigerte, die Verpflichtungen des sog. Ankara-Zusatzprotokolls zur Ausweitung der Zollunion auf das neue EU-Mitglied Zypern zu erfüllen, beschloss die EU im Dezember 2006, acht der Verhandlungskapitel einzufrieren. Darüber hinaus kann keines der bereits eröffneten Verhandlungskapitel abgeschlossen werden.

Bis Ende 2009 wurden insgesamt 12 der 35 Kapitel des EU-Regelwerks eröffnet, ein Kapitel (Wirtschaft und Forschung) wurde gleich nach der Eröffnung provisorisch abgeschlossen. Außer den acht von der EU offiziell eingefrorenen Kapiteln gibt es noch weitere informelle Blockaden und Behinderungen im Verhandlungsprozess. Frankreich hat öffentlich erklärt, dass es sein Veto auf fünf weitere Kapitel einlegen wird, da diese den Endstatus der EU-Mitgliedschaft der Türkei vorbestimmen würden. Andere Kapitel werden vom neuen EU-Mitglied Zypern wegen bilateraler Streitigkeiten mit der Türkei (zum Beispiel in Energiefragen) aufgehalten oder blockiert.

Die Stimmung in der Türkei wird von dieser ungünstigen Entwicklung und zusätzlich durch die von Frankreich und Deutschland geführte Debatte um eine „privilegierte Partnerschaft“ als Alternativangebot zum EU-Beitritt negativ beeinflusst. Türkische Politiker sehen in „feindseligen Botschaften“ aus Europa den Hauptgrund für den schleppenden Fortschritt bei den Verhandlungen. In der Bevölkerung ist das Gefühl verbreitet, dass die EU niemals die Türkei als Mitglied akzeptieren wird, und dies führt zu einem deutlichen Rückgang der Unterstützung für den EU-Beitritt. Während 2004 die Befürwortung der Mitgliedschaft noch bei über 70 Prozent lag, fanden 2009 nur noch 43 Prozent der Türkei einen Beitritt als erstrebenswert.¹⁰

10 | Vgl. Eurobarometer, http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm [20.3.2010].

FAZIT

Die Türkei hat in den letzten Jahren ihre Stellung als regionale Mittelmacht ausgebaut und gefestigt. Sie wird sowohl für Europa als auch für die Region an der Schnittstelle zwischen Mittelmeer, Schwarzmeer, Nahem und Mittlerem Osten, Kaukasus und Zentralasien weiter an Bedeutung gewinnen. Im Rahmen der G-20 wird die Türkei eine aktive Rolle spielen, sie wird sich für eine stärkere Einbindung dieser Länder in die globalen wirtschaftlichen und finanziellen Steuerungs- und Entscheidungsprozesse einsetzen. Deshalb wird sie für eine Umstrukturierung der internationalen Organisationen und Institutionen wie UNO-Sicherheitsrat, IWF, Weltbank, G-8 zu Gunsten der aufstrebenden Schwellenländer eintreten.

Unabhängig vom Ausgang der EU-Beitrittsverhandlungen wird die Türkei weiterhin eng mit Europa verbunden bleiben. Sie wird ihre Stellung als wichtiger Wirtschaftspartner festigen, ihre Bedeutung als Transitland für Energie aus Zentralasien und dem Nahen Osten wird zunehmen und sie wird für die Ausgestaltung einer europäischen Sicherheitsstrategie unverzichtbar sein. Deswegen ist es für Deutschland und die Europäische Union wichtig, auch unter Einbeziehung möglicher Alternativen zur EU-Mitgliedschaft eine schlüssige und konsequente Strategie des Umgangs und der Gestaltung der Beziehungen mit der Türkei für die Zukunft zu entwickeln.